

Wichtige Empfehlungen

KONTINUIERLICHES HANDELN DRINGEND ERFORDERLICH

Das „Women in Migration Network“ fordert die Vereinten Nationen und die Mitgliedsstaaten auf:

Die Visadiskriminierung zu beenden und Zugang zu regulären, auf Rechten basierende Einwanderungsmöglichkeiten für alle zu gewährleisten, einschließlich für Menschen aus dem Globalen Süden und Arbeitskräfte im Niedriglohn-, Pflege- und manuellen Arbeitssektor.

- Reguläre Verfahren zur Erlangung von unbefristeten Aufenthaltstiteln und zur Einbürgerung auszuweiten und sicherzustellen.
- Verfahren den Vorrang zu geben, die es Zugewanderten ermöglichen, ihre Familie zusammenzuführen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und Zugang zu sozialem Schutz zu erhalten.
- Vermittlungsgebühren zu verbieten und die Portabilität von Visa sowie die Freiheit von Zugewanderten zu gewährleisten, den Arbeitsplatz zu wechseln und Rechtsansprüche geltend zu machen, ohne eine Abschiebung zu riskieren.



Sicherzustellen, dass Maßnahmen im Bereich Klimamigration auf umfassenden Konsultationen mit den betroffenen Gemeinschaften basieren, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen.

- Entwicklung von regionalen Rahmenwerken für Klimamobilität.
- Erteilung von unbefristeten Aufenthaltstiteln für Menschen, die durch klimabedingte Faktoren vertrieben wurden, einschließlich des Rechts auf Beschäftigung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Familienzusammenführung.
- Verbindung der Maßnahmen im Bereich Klimamobilität mit Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung und Investitionen in Anpassungsmaßnahmen, die den Wunsch der Gemeinschaften unterstützen, in ihrer Heimat zu bleiben.



Eine auf Rechten basierende und gendergerechte Regularisierung mit Möglichkeiten zur Erlangung von unbefristeten Aufenthaltstiteln und zur Einbürgerung zu gewährleisten.

- Einführung von vereinfachten, flexiblen und erschwinglichen Regularisierungsmechanismen, die der Realität der Zugewanderten Rechnung tragen.
- Schutz der Familieneinheit unabhängig vom Migrationsstatus der Eltern, indem der Familiennachzug von Kindern gewährt und der aufenthaltsrechtliche Status auf alle Elternteile unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit ausgeweitet wird.
- Zugang zu Beschäftigung, sozialem Schutz und öffentlichen Dienstleistungen, einschließlich Gesundheitsversorgung und Bildung, sicherzustellen und die grenzüberschreitende Übertragbarkeit von Leistungen zu gewährleisten.



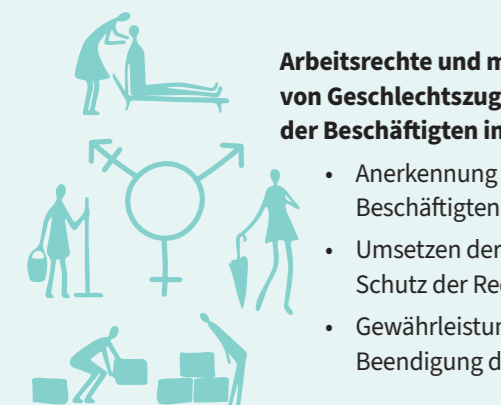
Abkehr von der Kriminalisierung von Migration, stattdessen Schutz der Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten an Grenzen und im Transit sowie Anerkennung der ihnen zustehenden Rechte.

- Beendigung der Inhaftierung von Zugewanderten und Investition in auf Rechten basierende Alternativen auf Community-Ebene, die den Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung und Dienstleistungen sowie Status- und Rechtsgarantien gewährleisten.
- Entmilitarisierung der Grenzen und Beendigung des Outsourcings von Grenzkontrollen und von Abschiebungen in Drittstaaten.
- Bekämpfung von falschen Behauptungen über Zugewanderte und Entkriminalisierung der Unterstützung von Zugewanderten.



Arbeitsrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Zugewanderte unabhängig von Geschlechtszugehörigkeit und Arbeitsbereich sicherzustellen, einschließlich der Beschäftigten im Pflegesektor und anderen informellen Branchen.

- Anerkennung von zugewanderten Hausangestellten und anderen informell Beschäftigten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Umsetzen der ILO-Übereinkommen 29, 87, 98, 189 und 190 sowie der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Personen mit Wanderarbeitsstatus und ihrer Familienangehörigen (CMW).
- Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit unabhängig von Branche und Migrationsstatus und Beendigung der Repressalien gegen gewerkschaftlich organisierte Wanderarbeitende.



Schutz der Privatsphäre, indem klare Datenschutzrahmen geschaffen werden und vor Einführung von Datenerfassungssystemen eine Folgenabschätzung in Bezug auf Rechte durchgeführt wird.

- Begrenzung von Umfang und Einsatzbereichen von Überwachungstechnologien durch eng gefasste, spezifische Mandate für an den Grenzen verwendete Technologien.
- Verbot des Einsatzes von prädiktiven Analysen, die Vorurteile verstärken und zu diskriminierenden Praktiken führen können.
- Sicherstellen, dass Migrantinnen und Migranten das Recht auf Datenlöschung und die Möglichkeit haben, der Erfassung ihrer Daten zu widersprechen.

